

CDU

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Angela Merkel](#)

GeneralsekretärIn [Hermann Gröhe](#)

Hauptsitz Konrad-Adenauer-Haus,
Klingelhöferstraße 8, Berlin

Mitglieder ca. 469.600 (Stand: 08/2013)^[1]

Webadresse www.cdu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	1
1.1 Seitenwechsler	1
1.2 Wahlprüfsteine 2013	1
1.3 Wahlprüfsteine 2009	3
2 Parteifinanzierung der CDU	4
3 Weiterführende Informationen	5
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
5 Einzelnachweise	5

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der CDU, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat *LobbyControl* die 5 Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den unten genannten Themen nach der Wahl tun werden:

Nach Auffassung der CDU/CSU besteht mit der freiwilligen Verbändeliste bereits ein Lobbyistenregister. Ein 'verbindliches Lobbyistenregister' bestehe zudem über die 'Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung'. Die von der CDU/CSU angeführte Verbändeliste des Bundestages ist kein **Lo** Lobbyregister. In ihr sind nur Verbände, nicht aber Unternehmen, Lobby-agenturen und Kanzleien **er** **bb** fasst. Sie enthält keine Informationen über Budgets, Kunden, bearbeitete Themen oder Namen der **yr** Lobbyisten. Die Aussage der Union, dass die Eintragung in die Liste die Voraussetzung für die

eg Anhörung der Verbands-vertreter und für die Ausstellung von Hausausweisen sei, ist falsch. Lobbyisten
ist können über die Fraktionen direkt Hausausweise beantragen. Der Bundestag hat zudem bereits 1979
er entschieden, dass Verbände nicht in der Liste stehen müssen, um an Anhörungen teilzunehmen (nicht-
öffentliche Auslegungs-entscheidung des Geschäftsordnungsausschusses 1979). Die von der CDU/CSU
als „verbindliches Register“ bezeichnete Offenlegung der Mitarbeit von Externen in Ministerien ist
ebenfalls kein Lobbyregister. Sie erfasst nur Lobbyisten, die zeitweise direkt in den Ministerien
mitarbeiten (was hochproblematisch ist, aber ein Sonderfall).

Ka
re

nz Eine Karenzzeit für politisches Personal lehnen CDU/CSU ab.

ze
it

Pa
rt

ei Spenden seien für die Parteienfinanzierung notwendig. Die Transparenzregeln hält die Union für
en ausreichend, auch die für das Parteisponsoring. Verschiedene Skandale haben in den letzten Jahren die
fin Umgehungsmöglichkeiten bei der Parteien-finanzierung gezeigt. Beim Sponsoring wird weder der
an genaue Gesamt-betrag offen gelegt noch die Namen der einzelnen Sponsoren. 2010 hatten Angela
zi Merkel und Norbert Lammert (beide CDU) selbst Diskussionsbedarf beim Sponsoring geäußert. Jetzt
er hält die Union die Regelung wieder für ausreichend.

un
g

Ne
be

ne
in

kü
nf

te Nebeneinkünfte von Abgeordneten: Die Union weicht den konkreten Fragen nach nötigen
vo Verbesserungen aus. Ihre Antwort formuliert keinen Änderungsbedarf, die Offenlegung in 10 Stufen sei
n die Grundlage für mehr Transparenz, „ohne das freie Mandat in verfassungsrechtlich unzulässiger
Ab Weise einzuschränken“. Bei den Nebeneinkünften weicht die Union den Fragen nach konkreten
Ab Transparenzlücken aus.

ge
or

dn
et

en
Ab

ge
or

dn
et

en

be Die Union sei für Korruptionsbekämpfung im Sinne der UN-Konvention gegen Korruption. Die
st Umsetzung der UN-Konvention sei aber juristisch komplex. Die Gesetzesentwürfe der Opposition seien
ec nicht gelungen. „CDU und CSU werden weiter beraten, wie eine Umsetzung des Übereinkommens
hu erfolgen kann.“ Obwohl sie die größte Regierungsfraktion ist, hat die Union in den letzten Jahren keine
ng eigene Initiative zur Umsetzung der UN-Konvention gezeigt. Stattdessen verschleppte sie mit der FDP
den Beratungsprozess.

Ab
sc
hli
eß
en
de

S CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die
Fa Regulierungsvorschläge von LobbyControl halten sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig.
zit Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen 4 Jahren
vo unter dem Druck der [Steinbrück-Debatte](#) bewegt hat (vgl. auch unser [Lobbyreport 2013 zur schwarzen
n gelben Regierungszeit](#)). Weitere Verbesserungen strebt die Union allerdings nicht an.

Lo
bb
yC
on
tr
ol

Quelle: ^[2]

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hat *LobbyControl* die 5 Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den unten genannten Themen nach der Wahl tun werden:

Die CDU hält die öffentliche Verbandsliste für ausreichend. Diese enthält jedoch weder Unternehmen, Lobbyagenturen und Lobbykanzleien, noch Informationen über Budgets, Kunden oder bearbeitete Themen und die Namen der tätigen Lobbyisten. Eine Dokumentationspflicht für jede vermeintlich unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung von Vorlagen der Exekutive durch Lobbyisten lehnen CDU und CSU ab. Eine solche Verpflichtung würde zu einem unübersehbaren Verwaltungsaufwand führen.

Eine Karenzzeit wird abgelehnt, da es kaum möglich wäre die Beeinflussungsmöglichkeiten zu erfassen und nicht klar ist wer für die Überprüfung zuständig ist. Außerdem sieht die CDU/CSU verfassungsrechtliche Probleme mit Blick auf die Freiheit der Berufswahl.

Lobbyi
sten

in Ministerien Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung regelt solche Angelegenheiten. Es wird beobachtet, wie sich diese Regelung bewährt und gegebenenfalls ihre Weiterentwicklung geprüft.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten CDU/CSU unterstützen eine Weiterentwicklung der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages. Die Verhaltensregeln sollten ihren Anwendungsbereich auf solche Tätigkeiten und Einkünfte fokussieren, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können. Eine Fortentwicklung der Verhaltensregeln sollte innerhalb eines Beratungsverfahrens mit allen Fraktionen erfolgen, wenn sich konkreter Änderungsbedarf zeigt. Es bleibt also abzuwarten ob dies nur leere Worthülsen sind.

Abschließend
es

Fazit von LobbyControl Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten hat die CDU/CSU nicht viel im Sinn. Die von Regulierungsvorschläge von LobbyControl hält sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig.

Quelle: ^[3]

Parteifinanzierung der CDU

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	39,3	28,7	40,1	28,4	40,9	29,7	41,4	25,4	41,6	28,1
Mandatsträgerbeiträge	17,2	12,6	17,5	12,4	17,9	13,0	18,4	11,3	18,1	12,2
Spenden von natürlichen Personen	12,14	8,9	14,6	10,3	11,5	8,3	26,2	16,1	13,6	9,2
Spenden von juristischen Personen	6,05	4,4	7,3	5,2	6,1	4,4	14,9	9,2	7,5	5,1
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,001	0,1	1,2	0,8	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	3,44	2,5	3,5	2,5	3,4	2,5	4,0	2,5	7,0	4,7
Aus Veranstaltungen,	11,	8,5	12,		12,	9,	14,	8,	15,	10,

Publikationen und Sponsoring	7	4	6	9	6	1	2	7	7	6
Staatliche Mittel	46,4	33,88	44,6	31,7	42,9	31,1	41,9	25,8	43,6	29,5
Sonstige	0,8	0,57	0,8	0,6	1,6	1,1	1,7	1,0	0,8	0,6
Summe	137 Mio €		141 Mio €		138,1 Mio €		162,7 Mio €		148,0 Mio €	

Quellen:^{[4][5]}

Hier geht es zum Vergleich der **Finanzierung aller Parteien im Bundestag**.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Rechenschaftsberichte Bundestagsparteien 2009](#), bundestag.de, abgerufen am 30.06.2011
- ↑ [Rechenschaftsberichte Bundestagsparteien 2010](#), bundestag.de, abgerufen am 19.02.2012